

Satzung

über die Straßenreinigung

(Straßenreinigungssatzung - StrRS)

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562) und des § 10 Abs. 5 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 09.10.1962 (GVBl. S. 437), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) in ihrer Sitzung am 06. Dezember 2000 folgende Satzung beschlossen.
Geändert durch die Euroeinführungssatzung (EES) vom 05. September 2001:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Übertragung der Reinigungspflicht

- (1) Die Verpflichtung zur Reinigung der öffentlichen Straßen nach § 10 Abs. 1 - 3 HStrG wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die Eigentümer und Besitzer der durch öffentliche Straßen erschlossenen bebauten oder unbebauten Grundstücke übertragen.
- (2) Der Stadt verbleibt die Verpflichtung zur Reinigung für die Fahrbahnen (einschließlich Radwege, Mopedwege und Standspuren) und Überwege der in Anlage 3 aufgeführten Straßen (Straßenabschnitte).
- (3) Soweit die Stadt nach Abs. 2 verpflichtet bleibt, übt sie die Reinigungspflicht als öffentlich-rechtliche Aufgabe aus.

§ 2

Gegenstand der Reinigungspflicht

- (1) Zu reinigen sind
 - a) innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 7 Abs. 1 Satz 2 HStrG) alle öffentlichen Straßen (Anlage 1),
 - b) außerhalb der geschlossenen Ortslage die in der Anlage 2 aufgeführten Straßen, an die bebaute Grundstücke angrenzen.
- (2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf:
 - a) Die Fahrbahnen einschließlich Radwege, Mopedwege und Standspuren,
 - b) die Parkplätze,
 - c) die Straßenrinnen und Einflussöffnungen der Straßenkanäle
 - d) die Gehwege,
 - e) die Überwege,
 - f) Böschungen, Stützmauern u.a.

- (3) Gehwege im Sinne dieser Satzung sind die für den Fußgängerverkehr ausdrücklich bestimmten und äußerlich von der Fahrbahn abgegrenzten Teile der Straße, ohne Rücksicht auf ihren Ausbauzustand und auf die Breite der Straße (z.B. Bürgersteige, unbefestigte Gehwege, Seitenstreifen) sowie räumlich von einer Fahrbahn getrennte selbständige Fußwege. Soweit in Fußgängerzonen (Zeichen 242 StVO) und in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.
- (4) Überwege sind die als solche besonders gekennzeichneten Übergänge für den Fußgängerverkehr sowie die Übergänge an Straßenkreuzungen und -einemündungen in Verlängerung der Gehwege.

§ 3 Verpflichtete

- (1) Verpflichtete i.S. dieser Satzung für die in § 1 bezeichneten Grundstücke sind Eigentümer, Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Nießbraucher nach §§ 1030 ff. BGB, Wohnungsberechtigte nach § 1093 BGB sowie sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, denen - abgesehen von der oben erwähnten Wohnungsberechtigung - nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zusteht. Diese Verpflichteten können sich zur Erfüllung ihrer Pflichten auch geeigneter Dritter bedienen, bleiben jedoch der Stadt gegenüber verantwortlich.
- (2) Liegen mehrere Grundstücke hintereinander zur sie erschließenden Straße, so bilden das an der Straße angrenzende Grundstück (Kopfgrundstück) und die dahinter liegenden Grundstücke (Hinterliegergrundstücke) eine Straßenreinigungseinheit. Hinterliegergrundstücke sind jedoch nur solche Grundstücke, die nicht selbst an eine öffentliche Straße oder einen öffentlichen Weg angrenzen. Diese Grundstücke bilden auch dann eine Straßenreinigungseinheit, wenn sie durch mehrere Straßen erschlossen werden.
- (3) Hintereinander zur sie erschließenden Straße liegen Grundstücke dann, wenn sie mit der Hälfte oder mehr ihrer dieser Straße zugekehrten Seite hinter dem Kopfgrundstück liegen. Die Eigentümer und Besitzer der zur Straßenreinigungseinheit gehörenden Grundstücke sind abwechselnd reinigungspflichtig. Die Reinigungspflicht wechselt von Woche zu Woche, beginnend beim Eigentümer oder Besitzer des Kopfgrundstückes und fortfahrend in der Reihenfolge der Hinterlieger.
- (4) Wird die Straßenreinigungseinheit durch mehrere Straßen erschlossen, so gilt die Verpflichtung zur Reinigung für alle Straßen.

- (5) Dient das Kopfgrundstück als Garagengrundstück (Garagenhof) oder als Abstellplatz für Kraftfahrzeuge, so ist der Eigner zur Regelung der Reinigung verpflichtet.

§ 4 Umfang der Reinigungspflicht

Die Reinigungspflicht umfasst,

- a) die Allgemeine Straßenreinigung (§§ 6 - 9),
- b) den Winterdienst (§§ 10 und 11).

§ 5 Verschmutzung durch Abwasser

Den Straßen, insbesondere auch den Rinnen, Gräben und Kanälen dürfen keine Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerblichen Abwässer zugeleitet werden. Untersagt ist auch das Ableiten von Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übelriechenden Flüssigkeiten.

Teil II Allgemeine Straßenreinigung

§ 6 Umfang der Allgemeinen Straßenreinigung

- (1) Die ausgebauten Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile) sind regelmäßig und so zu reinigen, dass eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere eine Gesundheitsgefährdung infolge Verunreinigung der Straße aus ihrer Benutzung oder durch Witterungseinflüsse vermieden oder beseitigt wird. Ausgebaut im Sinne dieser Satzung sind Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile), wenn sie mit einer festen Decke (Asphalt, Beton, Pflaster, Platten, Teer oder einem in ihrer Wirkung ähnlichen Material) versehen sind.
- (2) Bei nicht ausgebauten Straßen (Straßenabschnitten/Straßenteilen) oder Straßen mit wassergebundener Decke umfasst die Reinigung nur das Beseitigen von Fremdkörpern, groben Verunreinigungen, Laub, Schlamm oder ähnlichem.
- (3) Der Staubentwicklung beim Straßen reinigen ist durch Besprengen mit Wasser vorzubeugen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen (z.B. ausgereifter Wassernotstand).
- (4) Bei der Reinigung sind solche Geräte zu verwenden, welche die Straße nicht beschädigen.

- (5) Der Straßenkehrer ist sofort zu beseitigen. Er darf weder Nachbarn zugeführt, noch in Straßensinkkästen, sonstige Entwässerungsanlagen oder offene Abzuggräben geschüttet werden.

§ 7 Reinigungsfläche

- (1) Die zu reinigende Fläche erstreckt sich vom Grundstück aus - in der Breite, in der es zu einer oder mehreren Straßen hin liegt - bis zur Mitte der Straße. Bei Eckgrundstücken vergrößert sich die Reinigungsfläche bis zum Schnittpunkt der Straßenmitte. Bei Plätzen ist außer dem Gehweg und der Straßenrinne ein 4 m breiter Streifen - vom Gehwegrand in Richtung Fahrbahnmitte - zu reinigen.
- (2) Hat die Straße vor dem Grundstück eine durch Mittelstreifen oder ähnliche Einrichtungen getrennte Fahrbahn, so hat der Verpflichtete die gesamte Breite der seinem Grundstück zugekehrten Fahrbahn zu reinigen.

§ 8 Reinigungszeiten

Soweit nicht besondere Umstände (plötzlich oder den normalen Rahmen übersteigende Verschmutzungen) ein sofortiges Räumen notwendig machen, sind die Straßen am Tage vor einem Sonntag oder einem gesetzlichen Feiertag, und zwar

- a) in der Zeit vom 01. April bis 30. September bis spätestens 18.00 Uhr,
b) in der Zeit vom 01. Oktober bis 31. März bis spätestens 16.00 Uhr,
zu reinigen.

§ 9 Freihalten der Vorrichtungen für die Entwässerung und für die Brandbekämpfung

Oberirdische, der Entwässerung oder der Brandbekämpfung dienende Einrichtungen auf der Straße müssen jederzeit von allem Unrat oder den Wasserabfluss störenden Gegenständen, auch von Schnee und Eis, freigehalten werden.

Teil III Winterdienst

§ 10 Schneeräumung

- (1) Neben der allgemeinen Straßenreinigungspflicht (§§ 6 - 9) haben die Verpflichteten bei Schneefall die Gehwege und Überwege vor ihren Grundstücken (§ 7)

StVO) und in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

- (2) Bei Straßen mit einseitigem Gehweg sind sowohl die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke, als auch die Eigentümer oder Besitzer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke zur Schneeräumung des Gehweges verpflichtet. In Jahren mit gerader Endziffer sind die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke, in Jahren mit ungerader Endziffer die Eigentümer oder Besitzer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke verpflichtet.
- (3) Die in Frage kommende Gehwegfläche bestimmt sich nach § 7 Abs. 1 der Satzung, wobei bei den gegenüberliegenden Grundstücken deren Grundstücksbreite auf die Gehwegseite zu projizieren ist.
- (4) Mündet in Straßen mit einseitigem Gehweg auf der dem Gehweg gegenüberliegenden Seite eine Straße ein, so sind die Eigentümer oder Besitzer der Eckgrundstücke verpflichtet, zusätzlich zu der in Satz 4 festgelegten Gehwegfläche auch den Teil des Gehweges von Schnee zu räumen, der gegenüber der einmündenden Straße liegt und zwar jeweils bis zur gedachten Verlängerung der Achse der einmündenden Straße.
- (5) Die vom Schnee geräumten Flächen vor den Grundstücken müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass eine durchgehende benutzbare Gehfläche gewährleistet ist.
- (6) Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1,25 m zu räumen.
- (7) Festgetretener oder auftauender Schnee ist ebenfalls - soweit möglich und zumutbar - aufzuhacken und abzulagern.
- (8) Soweit den Verpflichteten die Ablagerung des zu beseitigenden Schnees und der Eisstücke (Abs. 4) auf Flächen außerhalb des Verkehrsraumes nicht zugemutet werden kann, darf der Schnee auf Verkehrsflächen nur so abgelagert werden, dass der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird.
- (9) Die Abflussrinnen müssen bei Tauwetter vom Schnee freigehalten werden.
- (10) Die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Verpflichtungen gelten für die Zeit von 07.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Sie sind bei Schneefall jeweils unverzüglich zu erfüllen.

- (1) Bei Schnee- und Eisglätte haben die Verpflichteten (§ 3) die Gehwege (§ 2 Abs. 3), die Überwege (§ 2 Abs. 4), die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang (§ 10 Abs. 6) derart und so rechtzeitig zu bestreuen, dass Gefahren nach allgemeiner Erfahrung nicht entstehen können. Dies gilt auch für „Rutschbahnen“. In Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen findet § 10 Abs. 1 Satz 2 Anwendung.
- (2) Bei Straßen mit einseitigem Gehweg findet für die Beseitigung von Schnee- und Eisglätte die Regelung des § 10 Abs. 2 - 4 Anwendung.
- (3) Bei Eisglätte sind die Gehwege in voller Breite und Tiefe, Überwege in einer Breite von 2 m abzustumpfen. Noch nicht ausgebaute Gehwege und ähnliche, dem Fußgängerverkehr dienende sonstige Straßenteile müssen in einer Mindestdiefe von 1,50 m, höchstens 2 m, in der Regel an der Grundstücksgrenze beginnend, abgestumpft werden. § 10 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (4) Bei Schneeglätte braucht nur die nach § 10 zu räumende Fläche abgestumpft zu werden.
- (5) Als Streumaterial sind vor allem Sand, Splitt und ähnliches abstumpfendes Material zu verwenden. Salz darf nur in geringen Mengen zur Beseitigung festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden. Die Rückstände sind spätestens nach der Frostperiode von dem jeweils Winterdienstpflichtigen zu beseitigen.
- (6) Auftauendes Eis auf den in den Absätzen 1 bis 3 bezeichneten Flächen ist aufzuhacken und entsprechend der Vorschrift des § 10 Abs. 8 zu beseitigen. Hierbei dürfen nur solche Hilfsmittel verwendet werden, welche die Straßen nicht beschädigen.
- (7) § 10 Abs. 10 gilt entsprechend.

Teil IV

Schlussvorschriften

§ 12

Ausnahmen

Befreiungen von der Verpflichtung zur Reinigung der Straße können ganz oder teilweise nur dann auf besonderen Antrag erteilt werden, wenn - auch unter Berücksichtigung des allgemeinen Wohles - die Durchführung der Reinigung dem Pflichtigen nicht zugemutet werden kann.

- 7 -

- 7 -

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
1. entgegen § 5 den Straßen, Rinnen, Gräben und Kanälen, Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zuleitet,
 2. entgegen § 6 Abs. 1 und Abs. 2 die Straßen nicht oder nicht regelmäßig reinigt,
 3. entgegen § 6 Abs. 5 den Straßenkehricht nicht ordnungsgemäß beseitigt,
 4. entgegen § 9 die dort genannten Einrichtungen nicht jederzeit von allem Unrat oder den Wasserabfluss störenden Gegenständen, auch von Schnee und Eis, freihält,
 5. entgegen § 10 Abs. 1 bei Schneefall die Gehwege und Überwege innerhalb der in § 10 Abs. 10 genannten Zeiten nicht unverzüglich vom Schnee räumt,
 6. entgegen § 10 Abs. 6 keinen Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang räumt,
 7. entgegen § 10 Abs. 9 die Abflussrinnen bei Tauwetter nicht vom Schnee freihält,
 8. entgegen § 11 Abs. 1 bei Schnee- und Eisglätte die Gehwege, die Überwege, die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang nicht innerhalb der in § 10 Abs. 10 genannten Zeiten unverzüglich so bestreut, dass Gefahren nicht entstehen können,
 9. entgegen § 11 Abs. 3 bei Eisglätte die Gehwege nicht in voller Breite und Tiefe, die Überwege nicht in einer Breite von 2 m abstumpft,
 10. entgegen § 11 Abs. 6 auftauendes Eis nicht ordnungsgemäß beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.023,-- Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Gemeindevorstand.

- 8 -

- 8 -

§ 14 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Mit dem gleichen Tage tritt die Satzung über die Straßenreinigung vom 04.02.1974 außer Kraft.

Die Euroeinführungssatzung (EES) tritt am 01.01.2002 in Kraft.

Homberg (Ohm), den 09. September 2001

Der Magistrat der Stadt
Homberg (Ohm)

(Orth)
Bürgermeister

Satzung: Beschluss am: 06. Dezember 2000 Bekanntmachung: 13.12.2000
EES: Beschluss am: 09. September 2001 Bekanntmachung: 26.09.2001

Amtliche Bekanntmachungen

Gebührensatzung über die Benutzung der Kindergärten

1. Nachtrag

zur **Gebührensatzung über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Homberg (Ohm) vom 11.11.1997**

Aufgrund der §§ 5, 19, 20, 51 und 93 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. I 1992 S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562), sowie der §§ 1 bis 5a, 9 bis 12 und 14 des hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben vom 17.03.1970 (GVBl. I S. 225), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.11.1998 (GVBl. I S. 405) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg in ihrer Sitzung vom 6. Dezember 2000 die Gebührensatzung zur Benutzung der Kindergärten der Stadt Homberg (Ohm) vom 11.11.1997 wie folgt geändert:

I.1. § 2 **Betreuungsgebühren**

(1) Die Betreuungsgebühr beträgt für

Einrichtung	Öffnungszeiten in Stunden	alter Beitrag DM	neuer Beitrag DM	Beitrag in Euro	Beitrag 2. Kind DM	Beitrag 2. Kind in Euro	Beitrag in Euro ab 01.01.2002 1. Kind/2. Kind
Kiga Friedrichstr.	27,5	130	147	75,16	55	28,12	76/29
Büßfeld	27,5	130	147	75,16	55	28,12	76/29
Kita Hochstr. (halbtags)	27,5	130	147	75,16	55	28,12	76/29
Ober-Ofleiden	34,0	145	163	83,34	60	30,68	84/31
Nieder-Ofleiden	39,5	155	175	89,48	60	30,58	90/31
Kita Hochstr. (ganztags)	43,5	160	190	97,15	60	30,68	98/31

das 3. und jedes weitere Kind einer Familie werden auch weiterhin keine Beiträge erhoben.

2. § 2 Abs. 2 wird gestrichen

§ 2 Abs. 3 wird Abs. 2

II. Die Satzungsänderung tritt am 01.01.2001 in Kraft.
Homberg (Ohm), den 13. Dezember 2000

Der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm)
gez. Orth, Bürgermeister

Sitzung des Ortsbeirates Erbenhausen

Am Dienstag, 19.12., findet um 20 Uhr im DGH Erbenhausen eine öffentliche Sitzung des Ortsbeirates Erbenhausen mit folgender Tagesordnung statt.

1. Bericht über das Jahr 2000
2. Aussprache über den Umbau des Feuerwehrgerätehauses und des DGHs
3. Weitere Maßnahmen im Jahre 2001
4. Verschiedenes

Der 1. Stadtrat Herr Maiß wird an der Sitzung teilnehmen!

Der Ortsvorsteher
gez. H. Seim

Anordnung einer Verkehrsbeschränkung

Am Donnerstag, 14.12.2000, findet ein "Feierliches Gelöbniß" in Homberg (Ohm), StT Nieder-Ofleiden statt.

Anlässlich dieser Veranstaltung wird die Hochrainstraße von der Einmündung Kammerweg bis zur Einmündung Am Sportfeld am 14.12.2000 von 13 bis längstens 20 Uhr für den Gesamtverkehr gesperrt.

Gleichzeitig wird für diesen Bereich ein beidseitiges Halteverbot (Zeichen 263) ausgesprochen.

Homberg (Ohm), den 13.12.2000

Der Bürgermeister als örtliche Ordnungsbehörde
gez. Orth, Bürgermeister

Beschlüsse der

Stadtverordnetenversammlung

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 6. Dezember 2000

- a) eine Satzung über die Straßenreinigung
- b) eine Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Homberg (Ohm) sowie Jugendordnung für die Jugendfeuerwehren der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt Homberg (Ohm)

beschlossen.

Die Satzungen werden gem. § 8 der Hauptsatzung der Stadt Homberg (Ohm) öffentlich bekannt gemacht und treten am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.

Homberg (Ohm), den 13. Dezember 2000

Der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm)
gez. Orth, Bürgermeister

Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung - StrRS)

Aufgrund des § 5 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562) und des § 10 Abs. 5 des Hessischen Straßengesetzes (HStrG) vom 09.10.1962 (GVBl. S. 437), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. I S. 562) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) in ihrer Sitzung am 06. Dezember 2000 folgende Satzung beschlossen:

Teil I

Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Übertragung der Reinigungspflicht

(1) Die Verpflichtung zur Reinigung der öffentlichen Straßen nach § 10 Abs. 1 - 3 HStrG wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die Eigentümer und Besitzer der durch öffentliche Straßen erschlossenen bebauten oder unbebauten Grundstücke übertragen.

(2) Der Stadt verbleibt die Verpflichtung zur Reinigung für die Fahrbahnen (einschließlich Radwege, Mopedwege und Standspuren) und Überwege der in Anlage 3 aufgeführten Straßen (Straßenabschnitte).

(3) Soweit die Stadt nach Abs. 2 verpflichtet bleibt, übt sie die Reinigungspflicht als öffentlich-rechtliche Aufgabe aus.

§ 2

Gegenstand der Reinigungspflicht

(1) Zu reinigen sind

- a) innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 7 Abs.1 Satz 2 HStrG) alle öffentlichen Straßen (Anlage 1),
- b) außerhalb der geschlossenen Ortslage die in der Anlage 2 aufgeführten Straßen, an die bebaute Grundstücke angrenzen.

(2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf:

- a) Die Fahrbahnen einschließlich Radwege, Mopedwege und Standspuren,
- b) die Parkplätze,
- c) die Straßenrinnen und Einflusöffnungen der Straßenkanäle
- d) die Gehwege,

(Fortsetzung auf Seite 5)

e) die Überwege,

f) Böschungen, Stützmauern u.a.

(3) Gehwege im Sinne dieser Satzung sind die für den Fußgängerverkehr ausdrücklich bestimmten und äußerlich von der Fahrbahn abgegrenzten Teile der Straße, ohne Rücksicht auf ihren Ausbauzustand und auf die Breite der Straße (z.B. Bürgersteige, unbefestigte Gehwege, Seitenstreifen) sowie räumlich von einer Fahrbahn getrennte selbständige Fußwege: Soweit in Fußgängerzonen (Zeichen 242 StVO) und in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

(4) Überwege sind die als solche besonders gekennzeichneten Übergänge für den Fußgängerverkehr sowie die Übergänge an Straßenkreuzungen und -einmündungen in Verlängerung der Gehwege.

§ 3

Verpflichtete

(1) Verpflichtete i.S. dieser Satzung für die in § 1 bezeichneten Grundstücke sind Eigentümer, Erbbauberechtigte, Wohnungseigentümer, Nießbraucher nach §§ 1030 ff. BGB, Wohnungsbesitzer nach § 1093 BGB sowie sonstige zur Nutzung des Grundstücks dinglich Berechtigte, denen - abgesehen von der oben erwähnten Wohnungsberechtigung - nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zusteht. Diese Verpflichteten können sich zur Erfüllung ihrer Pflichten auch geeigneter Dritter bedienen, bleiben jedoch der Stadt gegenüber verantwortlich.

(2) Liegen mehrere Grundstücke hintereinander zur sie erschließenden Straße, so bilden das an der Straße angrenzende Grundstück (Kopfgrundstück) und die dahinter liegenden Grundstücke (Hinterliegergrundstücke) eine Straßenreinigungseinheit. Hinterliegergrundstücke sind jedoch nur solche Grundstücke, die nicht selbst an eine öffentliche Straße oder einen öffentlichen Weg angrenzen. Diese Grundstücke bilden auch dann eine Straßenreinigungseinheit, wenn sie durch mehrere Straßen erschlossen werden.

(3) Hintereinander zur sie erschließenden Straße liegen Grundstücke dann, wenn sie mit der Hälfte oder mehr ihrer dieser Straße zugekehrten Seite hinter dem Kopfgrundstück liegen. Die Eigentümer und Besitzer der zur Straßenreinigungseinheit gehörenden Grundstücke sind abwechselnd reinigungspflichtig. Die Reinigungspflicht wechselt von Woche zu Woche, beginnend beim Eigentümer oder Besitzer des Kopfgrundstückes und fortlaufend in der Reihenfolge der Hinterlieger.

(4) Wird die Straßenreinigungseinheit durch mehrere Straßen erschlossen, so gilt die Verpflichtung zur Reinigung für alle Straßen.

(5) Dient das Kopfgrundstück als Garagengrundstück (Garagenhof) oder als Abstellplatz für Kraftfahrzeuge, so ist der Eigner zur Begelung der Reinigung verpflichtet.

§ 4

Umfang der Reinigungspflicht

Die Reinigungspflicht umfasst,

- die Allgemeine Straßenreinigung (§§ 6 - 9),
- den Winterdienst (§§ 10 und 11).

§ 5

Verschmutzung durch Abwasser

Den Straßen, insbesondere auch den Rinnen, Gräben und Kanälen dürfen keine Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerblichen Abwässer zugeleitet werden. Untersagt ist auch das Ableiten von Jauche, Blut oder sonstigen schmutzigen oder übelriechenden Flüssigkeiten.

Teil II

Allgemeine Straßenreinigung

§ 6

Umfang der Allgemeinen Straßenreinigung

(1) Die **ausgebauten Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile)** sind **regelmäßig** und so zu reinigen, dass eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere eine Gesundheitsgefährdung infolge Verunreinigung der Straße aus ihrer Benutzung oder durch Witterungseinflüsse vermieden oder beseitigt wird. Ausgebaut im Sinne dieser Satzung sind Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile), wenn sie mit einer festen Decke (Asphalt, Beton, Pflaster, Platten, Teer oder einem in ihrer Wirkung ähnlichen Material) versehen sind.

(2) Bei nicht ausgebauten Straßen (Straßenabschnitten/Straßenteilen) oder Straßen mit wassergebundener Decke umfasst die Reinigung nur das Beseitigen von Fremdkörpern, groben Verunreinigungen, Laub, Schlamm oder ähnlichem.

(3) Der Staubentwicklung beim Straßen reinigen ist durch Besprengen mit Wasser vorzubeugen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen (z.B. ausgerufenen Wassernotstand).

(4) Bei der Reinigung sind solche Geräte zu verwenden, welche die Straße nicht beschädigen.

(5) Der Straßenkehrriech ist sofort zu beseitigen. Er darf weder Nachbarn zugeführt, noch in Straßensinkkästen, sonstige Entwässerungsanlagen oder offene Abzuggräben geschüttet werden.

§ 7

Reinigungsfläche

(1) Die zu reinigende Fläche erstreckt sich vom Grundstück aus - in der Breite, in der es zu einer oder mehreren Straßen hin liegt - bis zur Mitte der Straße. Bei Eckgrundstücken vergrößert sich die Reinigungsfläche bis zum Schnittpunkt der Straßenmitten. Bei Plätzen ist außer dem Gehweg und der Straßennrinne ein 4 m breiter Streifen - vom Gehwegrand in Richtung Fahrbahnmitte - zu reinigen.

(2) Hat die Straße vor dem Grundstück eine durch Mittelstreifen oder ähnliche Einrichtungen getrennte Fahrbahn, so hat der Verpflichtete die gesamte Breite der seinem Grundstück zugekehrten Fahrbahn zu reinigen.

§ 8

Reinigungszeiten

Soweit nicht besondere Umstände (plötzlich oder den normalen Rahmen übersteigende Verschmutzungen) ein sofortiges Räumen notwendig machen, sind die Straßen am Tage vor einem Sonntag oder einem gesetzlichen Feiertag, und zwar

- in der Zeit vom 01. April bis 30. September bis spätestens 18.00 Uhr,
- in der Zeit vom 01. Oktober bis 31. März bis spätestens 16.00 Uhr, zu reinigen.

§ 9

Freihalten der Vorrichtungen für die Entwässerung und für die Brandbekämpfung

Oberirdische, der Entwässerung oder der Brandbekämpfung dienende Einrichtungen auf der Straße müssen jederzeit von allem Unrat oder den Wasserabfluss störenden Gegenständen, auch von Schnee und Eis, freigehalten werden.

Teil III

Winterdienst

§ 10

Schneeräumung

(1) Neben der allgemeinen Straßenreinigungspflicht (§§ 6 - 9) haben die Verpflichteten bei Schneefall die Gehwege und Überwege vor ihren Grundstücken (§ 7) in einer solchen Breite von Schnee zu räumen, dass der Verkehr nicht mehr als unvermeidbar beeinträchtigt wird. Soweit in Fußgängerzonen (Zeichen 242 StVO) und in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

(2) Bei Straßen mit einseitigem Gehweg sind sowohl die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke, als auch die Eigentümer oder Besitzer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke zur Schneeräumung des Gehweges verpflichtet. In Jahren mit gerader Endziffer sind die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke, in Jahren mit ungerader Endziffer die Eigentümer oder Besitzer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke verpflichtet.

(3) Die in Frage kommende Gehwegfläche bestimmt sich nach § 7 Abs. 1 der Satzung, wobei bei den gegenüberliegenden Grundstücken deren Grundstücksbreite auf die Gehwegseite zu projizieren ist.

(4) Mündet in Straßen mit einseitigem Gehweg auf der dem Gehweg gegenüber liegenden Seite eine Straße ein, so sind die Eigentümer oder Besitzer der Eckgrundstücke verpflichtet, zusätzlich zu der in Satz 4 festgelegten Gehwegfläche auch den Teil des Gehweges von Schnee zu räumen, der gegenüber der einmündenden Straße liegt und zwar jeweils bis zur gedachten Verlängerung der Achse der einmündenden Straße.

- (5) Die vom Schnee geräumten Flächen vor den Grundstücken müssen so aufeinander abgestimmt sein, dass eine durchgehende benutzbare Gehfläche gewährleistet ist.
- (6) Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1725 m zu räumen.
- (7) Festgetretener oder auftauender Schnee ist ebenfalls - soweit möglich und zumutbar - aufzuhacken und abzulagern.
- (8) Soweit den Verpflichteten die Ablagerung des zu beseitigenden Schnees und der Eisstücke (Abs. 4) auf Flächen außerhalb des Verkehrsraumes nicht zugemutet werden kann, darf der Schnee auf Verkehrsflächen nur so abgelagert werden, dass der Verkehr möglichst wenig beeinträchtigt wird.
- (9) Die Abflusssysteme müssen bei Tauwetter vom Schnee freigehalten werden.
- (10) Die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Verpflichtungen gelten für die Zeit von 07.00 Uhr bis 20.00 Uhr. Sie sind bei Schneefall jeweils unverzüglich zu erfüllen.

§ 11

Beseitigung von Schnee- und Eisglätte

- (1) Bei Schnee- und Eisglätte haben die Verpflichteten (§ 3) die Gehwege (§ 2 Abs. 3), die Überwege (§ 2 Abs. 4), die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang (§ 10 Abs. 6) derart und so rechtzeitig zu bestreuen, dass Gefahren nach allgemeiner Erfahrung nicht entstehen können. Dies gilt auch für „Rutschbahnen“. In Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen findet § 10 Abs. 1 Satz 2 Anwendung.
- (2) Bei Straßen mit einseitigem Gehweg findet für die Beseitigung von Schnee- und Eisglätte die Regelung des § 10 Abs. 2 - 4 Anwendung.
- (3) Bei Eisglätte sind die Gehwege in voller Breite und Tiefe, Überwege in einer Breite von 2 m abzustumpfen. Noch nicht ausgebaute Gehwege und ähnliche, dem Fußgängerverkehr dienende sonstige Straßenteile müssen in einer Mindestdiefe von 1,50 m, höchstens 2 m, in der Regel an der Grundstücksgrenze beginnend, abgestumpft werden. § 10 Abs. 5 gilt entsprechend.
- (4) Bei Schneeglätte braucht nur die nach § 10 zu räumende Fläche abgestumpft zu werden.
- (5) Als Streumaterial sind vor allem Sand, Splitt und ähnliches abstumpfendes Material zu verwenden. Salz darf nur in geringen Mengen zur Beseitigung festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden. Die Rückstände sind spätestens nach der Frostperiode von dem jeweils Winterdienstpflichtigen zu beseitigen.
- (6) Auftauendes Eis auf den in den Absätzen 1 bis 3 bezeichneten Flächen ist aufzuhacken und entsprechend der Vorschrift des § 10 Abs. 8 zu beseitigen. Hierbei dürfen nur solche Hilfsmittel verwendet werden, welche die Straßen nicht beschädigen.
- (7) § 10 Abs. 10 gilt entsprechend.

Teil IV

Schlussvorschriften

§ 12

Ausnahmen

Befreiungen von der Verpflichtung zur Reinigung der Straße können ganz oder teilweise nur dann auf besonderen Antrag erteilt werden, wenn - auch unter Berücksichtigung des allgemeinen Wohles - die Durchführung der Reinigung dem Pflichtigen nicht zugemutet werden kann.

§ 13

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
- entgegen § 5 den Straßen, Rinnen, Gräben und Kanälen, Spül-, Haus-, Fäkal- oder gewerbliche Abwässer zuleitet,
 - entgegen § 6 Abs. 1 und Abs. 2 die Straßen nicht oder nicht regelmäßig reinigt,
 - entgegen § 6 Abs. 5 den Straßenkehricht nicht ordnungsgemäß beseitigt,
 - entgegen § 9 die dort genannten Einrichtungen nicht jederzeit von allem Unrat oder den Wasserabfluss störenden Gegenständen, auch von Schnee und Eis, freihält,
 - entgegen § 10 Abs. 1 bei Schneefall die Gehwege und Überwege innerhalb der in § 10 Abs. 10 genannten Zeiten nicht unverzüglich vom Schnee räumt,
 - entgegen § 10 Abs. 6 keinen Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang räumt,

- entgegen § 10 Abs. 9 die Abflusssysteme bei Tauwetter nicht vom Schnee freihält,
 - entgegen § 11 Abs. 1 bei Schnee- und Eisglätte die Gehwege, die Überwege, die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang nicht innerhalb der in § 10 Abs. 10 genannten Zeiten unverzüglich so bestreut, dass Gefahren nicht entstehen können,
 - entgegen § 11 Abs. 3 bei Eisglätte die Gehwege nicht in voller Breite und Tiefe, die Überwege nicht in einer Breite von 2 m abstumpft,
 - entgegen § 11 Abs. 6 auftauendes Eis nicht ordnungsgemäß beseitigt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 2.000,— DM geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.
- (3) Das Bundesgesetz über Ordnungswidrigkeiten in der jeweils gültigen Fassung findet Anwendung; zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Geineindevorstand.

§ 14

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Mit dem gleichen Tage tritt die Satzung über die Straßenreinigung vom 04.02.1974 außer Kraft.

Homberg (Ohm), den 6. Dezember 2000

Der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm)
gez. Orth, Bürgermeister

Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Homberg (Ohm)

Aufgrund der §§ 5 und 51 Nr. 6 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01.04.1993 (GVBl. 1992 I S.534) zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.1998 (GVBl. 1998 I S. 562) in Verbindung mit §§ 11, 12 II des Gesetzes über den Brandschutz, die Allgemeine Hilfe und den Katastrophenschutz (HBKG) vom 17.12.1998 (GVBl. 1998 I S. 530) hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) am 06.12.2000 folgende

FEUERWEHRSATZUNG

beschlossen:

§ 1

ORGANISATION, BEZEICHNUNG

(1) Die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Homberg (Ohm) ist als öffentliche Feuerwehr eine städtische Einrichtung (§ 7 Abs. 1 HBKG). Sie führt die Bezeichnung

„Freiwillige Feuerwehr der Stadt Homberg (Ohm)“

Die Stadtteilfeuerwehren für die Stadtteile führen als Zusatz die jeweilige Bezeichnung des Stadtteiles

Appenrod
(Stadt-/Ortsteil)

Bleidenrod
(Stadt-/Ortsteil)

Bübbfeld
(Stadt-/Ortsteil)
Dannenrod
(Stadt-/Ortsteil)

Deckenbach
(Stadt-/Ortsteil)

Erbenhausen
(Stadt-/Ortsteil)

Gontershausen
(Stadt-/Ortsteil)

Haarhausen
(Stadt-/Ortsteil)

Höingen
(Stadt-/Ortsteil)

Homberg
(Stadt-/Ortsteil)



Redaktionsschlußvorverlegung

Aufgrund des Feiertages „Tag der Deutschen Einheit“ wird der Redaktionsschluß für die Ausgabe 40 auf Donnerstag, **27. September 2001**, vorverlegt.

Sämtliche Berichte und Inserate müssen jeweils bis 9.00 Uhr bei der Verwaltung vorliegen (zu spät eingehende Manuskripte können nicht berücksichtigt werden).

Ihr Verlag und Druck **Linus Wittich GmbH**, 36358 Herbstein



Amtliche Bekanntmachungen

Artikelsatzung

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) hat in ihrer Sitzung am 05. September 2001 nachstehende Artikelsatzung beschlossen.

Die Satzung wird gemäß § 8 der Hauptsatzung der Stadt Homberg (Ohm) bekannt gemacht.
Homberg (Ohm), den 26.09.2001

*Der Magistrat der
Stadt Homberg (Ohm)
i. V. gez. Heß
Erster Stadtrat*

Präambel

Aufgrund der §§ 5 und 51 der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 01. April 1993 (GVBl. 1992 I S. 534), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Dezember 1999 (GVBl. 2000 I S. 2 ff), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) in ihrer Sitzung am 05.09.2001 nachstehende Artikelsatzung verabschiedet:

Artikel 1:

Änderung der Hauptsatzung der Stadt Homberg (Ohm) in der Fassung vom 29.02.1988 zuletzt geändert durch Nachtrag vom 21.04.1997

§ 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

(3) Die Stadtverordnetenversammlung überträgt dem Magistrat gem. § 50 Abs. 1 HGO die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten:

- Grenzregelungsverfahren nach dem Baugesetzbuch
- die Entscheidung über die Abschnittsbildung und die Zusammenfassung mehrerer Erschließungsanlagen nach § 130 Abs. 2 BauGB
- die Entscheidung über den Erwerb, die Veräußerung und Belastung von Grundstücken bis zu einem Betrag von **25.565,— Euro**
- die Entscheidung, ob das Vorkaufsrecht ausgeübt wird bis zu einem Betrag von **25.565,— Euro**
- die Entscheidung über Verpachtung und Vermietung, soweit der jährliche Pacht- oder Mietzins im Einzelfall den Betrag von **3.068,— Euro** nicht übersteigt.

Die Bindung des Magistrats an die Festsetzung des Haushaltsplanes bleibt unberührt.

Artikel 2

Änderung der Wasserversorgungssatzung (WVS)

In der Fassung vom 25.11.1996, zuletzt geändert durch Nachtrag am 18.12.2000

1. § 9 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- (3) Die Ersatzpflicht entfällt für Schäden unter **15,— Euro**

2. § 15 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Der Beitrag für die Wasserversorgungsanlagen wird nach der Grundstücksfläche und der zulässigen Geschossfläche bemessen. Er beträgt je qm Grundstücksfläche und je qm Geschossfläche

für die	Schaffung	Erweiterung	Erneuerung
	[Euro]		
des Baugebietes "Michelbach IV" in Homberg	4,40		
des Baugebietes "Am Mäuerchen" in Erbenhausen	1,25		
des Baugebietes "Elsengärten/ Auf den Großäckern/ Bergstraße" in Nieder-Ofleiden	1,23		
des Baugebietes "Auf der Weide" in Deckenbach	0,79		
des Baugebietes "Am Rotacker" in Büßfeld	1,46		

3. § 25 wird wie folgt geändert:

Gemäß § 13 wird die zur Verfügung gestellte Wassermenge mit Messeinrichtungen ermittelt. Um die Kosten für diese Einrichtungen zu decken, erhebt die Stadt eine Zählermiete. Diese beträgt je Wasserzähler und je angefangenem Kalendermonat bei Wasserzählern mit einer Nenngroße (Qn) von

2,5 cbm	0,55 Euro
6,0 cbm	0,60 Euro
10,0 cbm	0,90 Euro
über 10,0 cbm	nach den anfallenden Kosten, die je Zähler nachgewiesen werden

4. § 26 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

(2) Die Gebühr beträgt pro cbm **1,40 Euro**

5. § 28 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Für jedes vom Anschlussnehmer veranlasste Ablesen verlangt die Stadt **12,50 Euro**; für die zweite und jede weitere Messeinrichtung ermäßigt sich die Verwaltungsgebühr auf jeweils **2,50 Euro**.

6. § 28 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Für jedes Einrichten eines Münzzählers erhebt die Stadt eine Verwaltungsgebühr von **75,— Euro**.

7. § 33 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von **2,50 bis 50.000,— Euro** geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, kann es überschritten werden.

Artikel 3

Änderung der Entwässerungssatzung

In der Fassung vom 25.11.1996, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 19.06.2000

1. § 10 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Der Beitrag für die Sammelleitungen wird nach der Grundstücksfläche und der zulässigen Geschossfläche bemessen. Er beträgt je qm Grundstücksfläche und je qm Geschossfläche für die

	Schaffung	Erweiterung	Erneuerung
	(Euro)		

des Baugebietes "Michelbach IV" in Homberg	4,91
des Baugebietes "Am Mäuerchen" in Erbenhausen	7,57
des Baugebietes "Elsengärten / Auf den Großäckern / Bergstraße" in Nieder-Ofleiden	5,01
des Baugebietes "Auf der Weide" in Deckenbach	2,99
des Baugebietes "Am Rotacker" in Büßfeld	2,79

2. § 10 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

(3) Der Beitrag für die öffentliche Behandlungsanlage wird nach der zulässigen Geschossfläche bemessen. Er beträgt je qm Geschossfläche für die

	Schaffung	Erweiterung	Erneuerung
	(Euro)		

der Gruppenkläranlage Nieder-Ofleiden	0,664679
---------------------------------------	----------

3. § 24 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) **Gebührenmaßstab** für das Einleiten häuslichen Abwassers ist der Frischwasserverbrauch auf dem angeschlossenen Grundstück.

Die Gebühr beträgt pro cbm Frischwasserverbrauch

- a) bei zentraler Abwasserbeseitigung in der Abwasseranlage **2,50 Euro**
- b) bei notwendiger Vorreinigung des Abwassers in einer **1,88 Euro** Grundstückskläreinrichtung

4. § 24 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

(4) **Gebührenmaßstab** für das Abholen und Behandeln von Schlamm aus Kleinkläranlagen und Abwasser aus Gruben ist die abgeholte Menge dieser Stoffe. Die Gebühr beträgt pro angefangenen cbm

- a) Schlamm aus Kleinkläranlagen **12,50 Euro**
- b) Abwasser aus Gruben **12,50 Euro**

5. § 26 wird wie folgt geändert:

Für jede gewünschte Zwischenablesung hat der Antragsteller eine Verwaltungsgebühr von 12,50 Euro zu zahlen; für den zweiten und jeden weiteren Zähler ermäßigt sich die Verwaltungsgebühr auf jeweils **2,50 Euro**.

6. § 32 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von **2,50 bis 50.000 Euro** geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchst-

Artikel 4

Änderung der Verwaltungsgebührensatzung in der Fassung vom 16.12.1993

1. § 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Soweit die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes berechnet wird, ist der Wert zur Zeit der Beendigung der Amtshandlung maßgebend. Der Wert ist auf Verlangen nachzuweisen. Die Gebühr nach dem Wert des Gegenstandes beträgt mindestens **0,50 Euro**. Die Gebühr steigt in Stufen von je **0,25 Euro**; dabei werden Centbeträge über **0,25 Euro** nach oben, Centbeträge bis zu **0,25 Euro** nach unten auf volle **0,25 Euro** abgerundet.

2. § 13 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

(3) Mit Ablauf eines Monats nach Fälligkeit kann die Stadt Homberg (Ohm) einen Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen Betrages für jeden angefangenen Monat erheben, wenn dieser **51,— Euro** nicht übersteigt.

3. § 16 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Ordnungswidrig handelt gemäß § 5 a KAG, wer als Abgabepflichtiger oder bei Wahrnehmung der Angelegenheiten eines Abgabepflichtigen eine der im Abs. 1 bezeichneten Taten leichtfertig begeht (leichtfertige Abgabenverkürzungen).

Ordnungswidrig handelt auch, wer vorsätzlich oder leichtfertig

- 1. Belege ausstellt, die in tatsächlicher Hinsicht unrichtig sind oder
- 2. den Vorschriften einer Abgabensatzung zur Sicherung oder Erleichterung der Abgabenerhebung, insbesondere zur Anmeldung oder Anzeige von Tatsachen, zur Führung von Aufzeichnungen oder Nachweisen, zur Kennzeichnung oder Verlegung von Gegenständen oder zur Erhebung und Abführung von kommunalen Abgaben zuwiderhandelt

und es dadurch ermöglicht, Abgaben zu verkürzen oder nicht gerechtfertigte Abgabenvorteile zu erlangen (Abgabengefährdung).

Die Ordnungswidrigkeit kann durch eine Geldbuße bis zu **10.226,— Euro** geahndet werden.

Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist der Magistrat.

Artikel 5

Änderung Stellplatz- und Ablösesatzung der Stadt Homberg (Ohm)

In der Fassung vom 22.05.1995, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 16.11.1995

1. § 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

2. Für Stellplätze nach § 3 (1) der Satzung werden folgende

- Ablösebeträge festgelegt:
- 1. für Personenkraftwagen **3.380,— Euro**
- 2. für Lastkraftwagen **6.000,— Euro**
- 3. für Lastkraftwagen **18.000,— Euro**

Artikel 6

Änderung der Satzung über die Erhebung einer Hundesteuer

In der Fassung vom 14.12.1998

1. § 5 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- (1) Die Steuer beträgt jährlich
- für den ersten Hund **30,— Euro**
- für den zweiten Hund **60,— Euro**
- für den dritten und jeden weiteren Hund **60,— Euro**

2. § 5 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

(3) Abweichend von Abs. 1 beträgt die Steuer für einen gefährlichen Hund jährlich **600,— Euro**.

Artikel 7

Änderung der Satzung über die Erhebung einer Steuer auf Spielapparate und auf das Spielen um Geld oder Sachwerte

In der Fassung vom 09.12.1991, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 14.12.1998

1. § 4 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- (1) Die Steuer beträgt
- 1. für Apparate mit Gewinnmöglichkeit
- a) in Gaststätten **50,— Euro**
- b) in Spielhallen **120,— Euro**
- je Kalendermonat und Gerät,
- 2. für Apparate, ohne Gewinnmöglichkeit
- a) in Gaststätten **15,— Euro**

- b) in Spielhallen
je Kalendermonat und Gerät, 25,— Euro
3. für Apparate, mit denen sexuelle Handlungen oder Gewalttätigkeiten gegen Menschen oder Tiere dargestellt werden oder die eine Verherrlichung oder Verharmlosung des Krieges zum Gegenstand haben
- je Kalendermonat und Gerät 205,— Euro

Artikel 8

Änderung der Gebührenordnung zur Friedhofs- und Bestattungsordnung der Stadt Homberg (Ohm) In der Fassung vom 21.05.1990, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 28.02.1994

1. § 8 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Für die Benutzung der Friedhofskapellen oder der Leichenhallen werden folgende Gebühren erhoben:

- a) für die Aufbewahrung einer Leiche bis zu 3 Tagen
30,— Euro
für jeden weiteren Tag 13,— Euro
- b) für die Benutzung einer Kühlzelle je angefangenen Tag 20,— Euro
- c) für die Benutzung des Sezierraumes zu Leichenöffnungen je angefangenen Tag 15,— Euro
für die Gestellung von Hilfskräften je Hilfskraft und je Stunde 15,— Euro
- d) für die Benutzung der Trauerhalle in Homberg (Stadt) 50,— Euro

2. § 9 wird wie folgt geändert:

Für sonstige Leistungen bei der Benutzung der Friedhofskapelle oder der Leichenhalle werden an Gebühren erhoben:

- a) als Vergütung für das Reinigen der Trauerhalle nach vorhergegangener Ausschmückung bis zu 26,— Euro
- b) als Vergütung für das Reinigen bei der Vornahme von Leichenöffnungen in der Leichenhalle bis zu 15,— Euro

3. § 11 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

1) Für Bestattungen werden Gebühren in Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten erhoben. Diese betragen zur Zeit

- a) für die Bestattung der Leiche eines Erwachsenen oder eines Kindes vom 5. Lebensjahr ab
1. in einem Reihengrab
- a) Erstbestattung bis zu 360,— Euro
- b) jede weitere Bestattung bis zu 360,— Euro
2. in einem Familiengrab
- a) Erstbestattung bis zu 360,— Euro
- b) jede weitere Bestattung bis zu 360,— Euro
- b) eines Kinder unter 5 Jahren
1. in einem Reihengrab
- a) Erstbestattung bis zu 100,— Euro
- b) jede weitere Bestattung bis zu 100,— Euro

4. § 11 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Für die Beisetzung von Aschenresten werden folgende Gebühren erhoben:

- für die Beisetzung
- a) in einer Aschenreihenstelle bis zu 100,— Euro
- b) in einem Reihengrab für Erdbestattungen bis zu 100,— Euro

Die Bestattung von standesamtlich nicht anmeldepflichtigen Leibesfrüchten, die in einfacher, fester Umhüllung (Sargschachtel) unter Vorlage des vorgeschriebenen Bestattungsscheines des Arztes oder der Hebamme ohne Mitwirkung der Friedhofsverwaltung dem Friedhof zugeführt werden, erfolgt gegen eine Gebühr von 13,— Euro

Ein Anspruch auf das Nutzungsrecht an einem Grab besteht in diesem Fall nicht.

5. § 13 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Für den Erwerb von Nutzungsrechten an Wahlgräbern für Erdbestattungen auf 30 Jahre sind zu entrichten:

- a) innerhalb der Grabfelder
1. für eine Grabstelle 150,— Euro
2. für zwei Grabstellen 260,— Euro

6. § 14 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Für die Überlassung von Reihengräbern für Erdbestattungen und Aschenreihenstellen zur Beisetzung von Leichen solcher Personen, die in § 3 Abs. 2 Ziffer 1 bis 3 der Friedhofsordnung der Stadt Homberg vom 21.05.1990 genannt sind, werden erhoben:

- a) Für die Überlassung eines Reihengrabes zur Beisetzung eines Verstorbenen im Alter bis zu 5 Jahren bis zu 0,— Euro
- b) für die Überlassung eines Reihengrabes zur Beisetzung eines Verstorbenen über 5 Jahre (Einzelgrab) bis zu 260,— Euro
- c) für die Überlassung einer Aschenreihenstelle bis zu 260,— Euro
- d) für die Überlassung eines Reihendoppelgrabes für jede Grabstelle bis zu 409,— Euro
- e) für die Überlassung einer Kammer in der Urnenwand für 2 Urnen bis zu 770,— Euro

7. § 14 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(1) Für die Verlängerung einer Überlassung einer Reihengrabstelle nach Abs. 1 über die Ruhefrist von 25 Jahren hinaus nach Erteilung einer Sondergenehmigung der Friedhofsverwaltung werden erhoben:

- a) für die Reihengräber für Erdbestattungen
1. Verstorbener im Alter bis zu 5 Jahren je Jahr bis zu 50,00 Euro
2. Verstorbener über 5 Jahre, je Jahr bis zu 50,00 Euro
- b) für eine Aschenreihenstelle, je Jahr bis zu 50,00 Euro

8. § 18 wird wie folgt geändert:

- a) Für das Abräumen einer Einzelgrabstätte bis zu 153,00 Euro
- b) für das Abräumen einer Doppelgrabstätte bis zu 256,00 Euro
- c) für das Abräumen einer Urnengrabstätte bis zu 153,00 Euro
- d) für das Abräumen einer Kindergrabstätte bis zu 100,00 Euro
- e) für das Abräumen von Familiengrabstätten (Grabstätte mit mindestens 3 Gräbern)nach Zeitaufwand

Artikel 9

Änderung der Gebührensatzung zur Satzung der Stadt Homberg (Ohm) über die Benutzung der Kindergärten der Stadt Homberg (Ohm)

In der Fassung vom 11.11.1997, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 06.12.2000

1. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

(1) Das Verpflegungsentgelt im Kindergarten Homberg (Ohm), Hochstraße 18, wird einheitlich auf 2,30 Euro/Tag festgesetzt.

2. § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

(2) Als Vorauszahlung sind einheitlich 46,— Euro/Monat zu entrichten. Eine endgültige Abrechnung erfolgt zum Ende des jeweiligen Kindergartenjahres.

Artikel 10

Änderung der Gebührenordnung zur Satzung zur Regelung des Marktverkehrs in der Stadt Homberg (Ohm) in der Fassung vom 11.10.1978, zuletzt geändert durch Nachtrag vom 06.10.1993

1. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

2. Für jeden angefangenen laufenden Meter Front werden bis zu einer Tiefe von höchstens 3 Metern erhoben:

- a) Auf den Krammärkten 2,— Euro
- b) Auf den Wochenmärkten 2,— Euro

2. § 2 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

3. Bei Viehmärkten wird eine Auftriebsgebühr erhoben.
Die Auftriebsgebühr für Großvieh beträgt 0,50 Euro
Die Auftriebsgebühr für Kleinvieh beträgt 0,30 Euro

3. § 2 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

4. Bei Verstößen gegen § 3 Nr. 4 der Marktordnung vom 06.12.1973 (Reinigungspflicht der Marktbesicker bei nicht rechtzeitiger Räumung des Marktgeländes) wird eine pauschalierte Reinigungsabgabe von 1,— Euro pro angefangenen laufenden Meter Front erhoben.

Artikel 11 Änderung der Satzung über die Straßenreinigung In der Fassung vom 06.12.2000

1. § 13 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu **1.023,— Euro** geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht das satzungsmäßige Höchstmaß hierzu nicht aus, so kann es überschritten werden.

Artikel 12

Änderung der Verordnung über die Beförderungsentgelte und Beförderungsbedingungen für den Verkehr mit Taxen in Homberg (Ohm)

In der Fassung vom 06.10.1993

1. § 2 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- | | |
|---|------------------|
| 1. Der Grundpreis beträgt | 1,90 Euro |
| 2. Fahrpreis pro km
(Die Schalteinheit des Fahrpreisanzeigers beträgt für jede angefangene Teilstrecke 0,10 Euro) | 1,— Euro |
| 3. Wartezeit pro Stunde (einschließlich verkehrsbedingter Wartezeiten); die Schalteinheit des Fahrpreisanzeigers beträgt für jede angefangene Zeiteinheit 0,10 Euro .
Die Pflichtwartezeit beträgt 30 Minuten | 13,— Euro |
2. § 3 wird wie folgt geändert:
Die Beförderung von Kleingepäck bis 20 kg ist frei. Für Gepäck über 20 kg wird ein Zuschlag von **0,50 Euro** erhoben.

Artikel 13

Änderung der Polizeiverordnung über die Einschränkungen des Verbrauchs von Trink- und Brauchwasser bei Notständen in der Wasserversorgung

In der Fassung vom 28.12.1976

1. § 6 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße von **3,— bis zu 2.556,— Euro** geahndet werden, soweit nicht nach Bundes- oder Landesgesetz der Verstoß mit Strafe oder einer Geldbuße bedroht ist.

Artikel 14

Änderung der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Homberg (Ohm) In der Fassung vom 19.12.1984

1. § 39 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
(2) Die Stadtverordnetenversammlung kann bei Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Geschäftsordnung Geldbußen bis zum Betrage von **51,— Euro**, bei mehrmals wiederholten Zuwiderhandlungen, insbesondere bei wiederholtem ungerechtfertigten Fernbleiben, den Ausschluss auf Zeit, längstens für drei Monate, aussprechen. Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Aufsichtsbehörde.

Artikel 15

Änderung der Geschäftsordnung für die Ortsbeiräte

In der Fassung vom 18.12.1972

1. § 14 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
Der Ortsbeirat kann bei Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Geschäftsordnung Geldbußen bis zum Betrag von **51,— Euro** im Wiederholungsfall einen Ausschluss von den Sitzungen auf Zeit längstens für drei Monate, verhängen.

Artikel 16

Änderung der Entschädigungssatzung der Stadt Homberg (Ohm)

In der Fassung vom 21.05.1990

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
(1) Stadtverordnete, Mitglieder der Ortsbeiräte, ehrenamtliche Stadträte und andere ehrenamtlich Tätige erhalten zur pauschalen Abgeltung ihres Verdienstausfalles einen Betrag von **8,— Euro** pro Stunde der Tätigkeit, höchstens **31,— Euro** je Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, der Fraktion, des Ortsbeirates, des Magistrats oder des Gremiums, dem sie als Mitglied kraft Gesetzes mit beratender Stimme angehören.
2. § 2 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
(2) Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges kann anstelle der Fahrtkosten nach Abs. 1 eine Wegstreckenentschädigung nach den für anerkannt privateigene Fahrzeuge jeweils geltenden Sätze des Hessischen Reisekostengesetzes verlangt werden. Für die Mit-

nahme weiterer ehrenamtlich Tätiger in einem Kraftfahrzeug wird eine zusätzliche Mitnahmeentschädigung in Höhe von **0,01 Euro** pro Person und Kilometer gezahlt.

3. § 3 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- (1) Ehrenamtlich Tätigen wird neben dem Ersatz des Verdienstausfalles und der Fahrtkosten pro Sitzung oder Tätigkeit in der Stadtverordnetenversammlung folgende Aufwandsentschädigung gewährt:
- | | |
|--------------------------|-------------------------------|
| Stadtverordnete erhalten | 10,— Euro pro Sitzung, |
| Stadträte erhalten | 10,— Euro pro Sitzung, |
| der Schriftführer erhält | 10,— Euro pro Sitzung. |

4. § 3 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für die Wahrnehmung besonderer Funktionen und die hierdurch entstehenden höheren Aufwendungen in der Weise erhöht, dass die Funktionsträger hierfür zusätzlich eine monatliche Pauschale erhalten:
- | | |
|-------------------------------|-----------------------------|
| der Stadtverordnetenvorsteher | 15,— Euro monatlich, |
| der Fraktionsvorsitzende | 10,— Euro monatlich, |
| der ehrenamtliche Stadtrat | 41,— Euro monatlich. |

5. § 3 Abs. 3 wird wie folgt geändert:

- (3) Nicht eingeschlossen in diese Pauschale für ehrenamtliche Stadträte sind die Sitzungen und Anlässe, die über die einmalige wöchentliche Sitzung des Magistrates hinausgehen. Hierfür wird in Anlehnung an Abs. 1 für jeden Anlass und jede Sitzung ebenfalls eine Aufwandsentschädigung von **10,— Euro** gewährt. Anlässe in diesem Sinne sind dienstliche Anlässe, bei denen der Bürgermeister zu vertreten oder eine Mitwirkung eines weiteren Stadtrates gesetzlich erforderlich ist.

6. § 3 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

- (4) Vertritt ein ehrenamtlicher Stadtrat den Bürgermeister, so erhält er für jeden Tag der Vertretung (Arbeitstag) neben dem Ersatz des Verdienstausfalles, der Fahrtkosten und der Aufwandsentschädigung nach Abs. 2 eine **zusätzliche Aufwandsentschädigung** von **41,— Euro** für ganztägige Vertretung, **20,— Euro** für halbtägige Vertretung.



IMPRESSUM

BÜRGERZEITUNG

Wochenblatt mit öffentlichen Bekanntmachungen der Kommunalverwaltung

Die Bürgerzeitung erscheint wöchentlich.

- Herausgeber, Druck und Verlag:
VERLAG + DRUCK LINUS WITTICH GMBH,
Industriestr. 9 - 11, 36358 Herbstein,
Tel. 0 66 43 / 9627-0, Telefax 0 66 43 / 9627-77.

- Geschäftsleitung: Hans-Peter Steil.
- Verantwortlich für den amtlichen Teil:
der Magistrat/Gemeindevorstand;
- für den übrigen redaktionellen Teil: Raimund Böttinger
- Verantwortlich für den Anzeigenteil: Wolfgang Kernbach

Vierteljährlicher Bezugspreis: DM 11,73 - nur im Abonnement zu beziehen. Im Bedarfsfall Einzelstücke durch den Verlag zum Preis von DM 0,90 + Versandkosten.

Für unaufgefordert eingereichte Manuskripte, Fotos und/oder Datenträger übernimmt der Verlag keinerlei Gewähr oder Haftung. Eingesandtes Bildmaterial und Datenträger werden nicht zurückgeschickt. Diesbezügliche Haftungsansprüche gegenüber dem Verlag sind ausgeschlossen.
Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten unsere allgemeinen Geschäftsbedingungen und unsere z.Zt. gültige Anzeigenpreislise. Für nicht gelieferte Zeitungen infolge höherer Gewalt oder anderer Ereignisse kann nur Ersatz des Betrages für ein Einzel Exemplar gefordert werden. Weitergehende Ansprüche, insbesondere auf Schadenersatz, sind ausdrücklich ausgeschlossen.



Öffentliche Ausschreibung

Für den Dorfgemeinschaftshausneubau in Homberg/Ohm, Stadtteil Höingen werden folgende Gewerke öffentlich ausgeschrieben:

Vom Architekturbüro Franz I. Lintner, Burghain 22, 35315 Homberg/Ohm, Telefon (06633) 423, Fax 5874

Estricharbeiten	15,— DM
Fenster-, Außentür- und Innentürarbeiten	25,— DM
Innenputz- Wärmedämm- u. Rigipsarbeiten	20,— DM
Fliesenarbeiten	20,— DM

Die Schutzgebühr gilt jeweils für eine Ausfertigung des Leistungsverzeichnisses. Sie kann durch Barzahlung oder Überweisung auf das Konto der VR Bank eG. Nr. 6922970, BLZ 53093200 entrichtet werden.

Die Ausgabe der Angebote erfolgt nach Voranmeldung beim o.g. Architekturbüro ab Mo., den 24.9.2001. Ebenso kann dort Planungseinsicht genommen werden und zwar: Mo.- Di.- Mi.- Do. von 10-13 Uhr.

Die Eröffnung der Angebote erfolgt im Architekturbüro Lintner **Montag, den 23.10.2001**. Sämtliche Angebote sind hier bis zu diesem Termin mit entsprechendem Vermerk einzureichen. Bauherr ist die Stadt Homberg/Ohm. Die Zuschlagsfrist beträgt 4 Wochen.

Aus dem Rathaus wird berichtet

Öffnungszeiten

Öffnungszeiten der Bibliothek

(Gesamtschule)	
Dienstag	von 15.30 - 19.00 Uhr
Freitag	von 15.00 - 17.30 Uhr

Öffnungszeiten der Kompostierungsanlage "Rote Kuh"

Die Kompostierungsanlage "Rote Kuh" ist jeweils samstags von 10.00 bis 12.00 Uhr zur Anlieferung von kompostierbarem Pflanzen- und Grünabfall geöffnet.

Die Gebühren für Anlieferungen aus Haushaltungen betragen:	
pro cbm	20,00 DM
1/2 cbm	10,00 DM
1/4 cbm	5,00 DM
Sackware	2,00 DM

Psychosoziale Kontakt- und Beratungsstelle "Vogelsberger Lebensräume"

Hilfe für Menschen in seelischen Notlagen, Termine nach Vereinbarung unter Alsfeld, Am Ringofen 24, Tel. 06631/9118315, mit Fr. van den Berg.

Diakoniestation Ohm-Felda

Kirschgartener Str. 1, 35325 Mücke-Nieder-Ohmen
Ein Zusammenschluß der Gemeinden Feldatal, Gemünden, Homberg und Mücke.

Die Pflegeprofis

- Häusliche Kinder-, Kranken- und Altenpflege
- Hauswirtschaftliche Versorgung
- Allgemeine Pflegeberatung
- Pflegekurse
- Pflegehilfsmittel
- Vermittlung von Essen auf Rädern
- Seelsorgerische Begleitung

Bürosprechzeiten Nieder-Ohmen, Tel. 06400/90243

Montag - Freitag	von 10.00 bis 12.00 Uhr
zusätzlich	
Mittwoch	von 14.00 bis 16.00 Uhr

Bürosprechzeiten Homberg, Tel. 06633/5555

Montag - Donnerstag	von 11.30 bis 12.00 Uhr
---------------------	-------------------------

sowie nach telefonischer Vereinbarung.
Außerhalb unserer Bürosprechzeiten sind wir über eine auf unserem Anrufbeantworter hinterlegte Telefonnummer erreichbar.

Öffnungszeiten der Spiel- und Lernstube Homberg

für Kinder von 7 bis 14 Jahren

Dienstag und Donnerstag 14.30 bis 17.30 Uhr
im Kindergarten, Friedrichstraße 3 (in den Ferien und an Feiertagen geschlossen).

Neubestellung oder Rückgabe von "Gelben Tonnen"

Die Auslieferung und Abholung von "Gelben Tonnen" findet durch die Entsorgungsfirma Peter Schad GmbH statt. Bitte melden Sie sich unter Tel. 06641/918010.

Öffnungszeiten des Museums Homberg

Brauhausgasse

Sonntags 15.00 bis 17.00 Uhr
oder nach Vereinbarung unter 06633/184-31 oder 240

Ortsgerichte

Ortsgericht Homberg I

OG Vorsteher Walter Seitz,
Homberg, Frankfurter Str. 1 5971
oder 18424
zuständig für Homberg (Stadt)

Ortsgericht Homberg II

OG Vorsteher Robert Justus,
Homberg-Appenrod, Am Waldborn 9 96060
zuständig für die Stadtteile:
Maulbach, Appenrod, Erbenhausen, Dannenrod

Ortsgericht Homberg III

OG Vorsteher Willy Schäfer
Homberg-Büßfeld, Bleidenroder Straße 15 7522
Zuständig für die Stadtteile:
Deckenbach, Höingen, Schadenbach, Büßfeld, Bleidenrod

Ortsgericht Homberg IV

OG Vorsteher Anton Kohl
Homberg/Nieder-Ofleiden, Peter-Böckner-Str. 5 06429/7363
Zuständig für die Stadtteile:
Ober-Ofleiden, Gontershausen, Haarhausen, Nieder-Ofleiden

Öffnungszeiten der Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Mücke

Montag - Freitag	04.45 - 21.00 Uhr
Samstag	06.05 - 20.00 Uhr
Sonn- bis Feiertag	09.05 - 11.00 Uhr
und	12.45 - 21.00 Uhr

Öffnungszeiten des Rundweges

um das Homberger Schloss

In der Zeit zwischen dem 1. März und 31. Oktober besteht die Möglichkeit, den Rundweg um das Homberger Schloss von 10.00 bis 21.00 Uhr zu nutzen.

Das Mitführen von Hunden ist nicht erlaubt.

Neue Arbeit Vogelsberg

Wir holen ab:
Wiederverwertbare Elektrogroßgeräte 06631/96500
Wiederverwertbare Gebraucht Möbel 06631/964119

Bodenverband Vogelsberg

Für die Erfassung von Grüngut auf der Kompostierungsanlage "Rote Kuh" wird ein Erfasser der Grüngutanlieferungen gesucht. Interessenten melden sich bitte beim Bodenverband unter 06641/919193, Vorstandsvorsteher Berthold Rahn.

Fundbüro

Bei der Stadtverwaltung Homberg (Ohm) sind folgende Fundsachen abgegeben worden:

Fundsache: Kinder-Poncho blau
Fundort: vor der Rathaus-Apotheke
Der Eigentümer kann sein Besitzrecht innerhalb der gesetzlichen Frist von sechs Monaten bei der Stadtverwaltung Homberg (Ohm), Rathaus, Zimmer 0.1, anmelden.

7. § 3 Abs. 5. wird wie folgt geändert:

(5) Bei Vertretungen im Krankheitsfalle von mehr als 30 Tagen, beschließt die Stadtverordnetenversammlung über die Höhe der dem ehrenamtlichen Stadtrat zu zahlenden Aufwandsentschädigung.

(Beschl. 19.03.1992, 41,— Euro)

8. § 4 Abs. 4 wird wie folgt geändert:

(4) Den Fraktionen wird zu Abgeltung von Sachausgaben eine Jahrespauschale in Höhe von 5,— Euro pro Stadtverordneten und ehrenamtlichen Stadtrat gewährt.

Artikel 17**Änderung der Anlage zur Satzung und Gebührenordnung über entgeltliche Leistungen der Freiwilligen Feuerwehren (Feuerwehrgebührenordnung); Gebührenverzeichnis;****In der Fassung vom 01.06.1994**

Die Anlage wird wie folgt geändert:

1.00 Personal:

1.01	Brand- und Hilfeleistungseinsätze je Einsatzkraft/Stunde	20,— Euro
1.02	Brandsicherheitsdienst je Einsatzkraft/Stunde	8,— Euro
1.03	Technischer Angestellter der Stützpunkfeuerwehr je Std.	30,— Euro
1.04	Arbeiter	29,— Euro
2.00 Fahrzeuge		
2.01	Einsatzleitwagen ELW 1 Std. und km	28,— /1,— Euro
	Mannschaftstransportfahrzeug MTF pro Stunde und km	25,—/1,— Euro
2.03	Tragkraftspritzenfahrzeug TSF pro Stunde und km	56,—/1,— Euro
2.04	Tragkraftspritzenfahrzeug TSF/Wasser pro Std. und km	77,—/1,— Euro
2.05	Löschgruppenfahrzeug LF 8 pro Stunde und km	87,—/1,— Euro
2.06	Löschgruppenfahrzeug LF 8/6 pro Stunde und km	102,—/1,— Euro
2.07	Löschgruppenfahrzeug LF 16/12 pro Stunde und km	133,—/1,— Euro
2.08	Tanklöschfahrzeug TLF 24/50 pro Stunde und km	153,—/1,— Euro
2.09	Kraftdrehleiter DLK 18/12 pro Stunde und km	153,—/1,— Euro
2.10	Rüstwagen RW 1 pro Stunde und km	102,—/1,— Euro
2.11	Gerätewagen-Gefahrgut GW - G 1 pro Stunde und km	128,—/1,— Euro
2.12	Gerätewagen-Nachschub GW - N pro Stunde und km	51,—/1,— Euro

Geräte

3.01	Tragkraftspritze TS 8/8 pro Stunde	18,— Euro
3.02	Stromerzeuger 5 kVA pro Std.	20,— Euro
3.03	Stromerzeuger 8 kVA pro Std.	36,— Euro
3.04	Belüftungsgerät pro Stunde	51,— Euro
3.05	Motorkettensäge pro Stunde	10,— Euro
3.06	Elektrokettensäge pro Stunde	8,— Euro
3.07	Mehrzweckzug pro Stunde	15,— Euro
3.08	Tauchpumpe TP 4-1 pro Std.	51,— Euro
3.09	Umfüllpumpe (Elektro) pro Std.	51,— Euro
3.10	Handumfüllpumpe pro Std.	6,— Euro
3.11	Flüssigkeitssauger mit Förderpumpe pro Std.	20,— Euro
3.12	Trennschleifer pro Std.	10,— Euro
3.13	Brennschneidgerät pro Std.	13,— Euro
3.14	Handscheinwerfer pro Std.	5,— Euro
3.15	Hydraulik-Rettungsgerät pro Std.	18,— Euro
4.00 Anhänger		
4.01	Ölschadensanhänger pro Std.	36,— Euro
4.02	Mehrzweckanhänger pro Std.	31,— Euro
4.03	Pulveranhänger P250 pro Std.	31,— Euro

5.00 Atemschutzgeräte

5.01	Atemschutzgeräte 200/300 bar pro Stck.	13,— Euro
5.02	Atemmaske pro Stck.	4,— Euro
5.03	Atemluftflasche pro Stck.	2,— Euro

6.00 Gebühren für die Prüfung, Wartung und Instandsetzung von Geräten

6.01	Reinigen und Desinfizieren von Atemschutzgeräten und Masken	4,— Euro
6.02	Atemschutzgerät prüfen	15,— Euro
6.03	Atemmaske prüfen	4,— Euro
6.04	Atemschutzgerät (6-Jahresprüfung)	26,— Euro
6.05	Füllen von Atemluftflaschen 300 bar-6 1 pro Stck.	6,— Euro
6.06	Füllen von Atemluftflaschen 200 bar-4 1 pro Stck.	5,— Euro
7.00 Schläuche		
7.01	Prüfen, Waschen, Trocknen und Rollen von Druckschläuchen	5,— Euro
7.02	Vulkanisierflicken je Flicken	8,— Euro
7.03	Einbinden von Kupplungen an Druckschläuchen	
	B -Schlauch	6,— Euro
	C - Schlauch	5,— Euro
	D -Schlauch	4,— Euro

8.00 Instandsetzung an feuerwehrtechnischen Geräten und Ausrüstungen aller Art

8.01	Beim Verbrauch von Löschmittel erfolgt die Berechnung der Wiederbefüllung nach dem Tagespreis.
8.02	Ersatzteile und Materialien aller Art nach Preisliste (EML)
8.03	Bei Beschaffung von Ersatzteilen mit einem Wert von über 26,—Euro erfolgt die Bestellung durch den Magistrat der Stadt Homberg (Ohm) im Namen und auf Rechnung des Auftraggebers. Pauschalgebühr
8.04	Böswillige Alarmierung wird nach ausgerückten Fahrzeugen und Zeit-, Material- und Personalaufwand gemäß Gebührenverzeichnis berechnet. Entsorgung
8.05	Die Entsorgungskosten von aufgenommenen Öl- und Kraftstoffen, sonstigen Chemikalien sowie von Ölbinde-, Säurebinde- und Schaummitteln werden nach den tatsächlichen Kosten berechnet.

Artikel 18**Änderung der Richtlinien für die Vereinsförderung in der Stadt Homberg (Ohm)****In der Fassung 28.11.1990**

1. Teil 1, Förderung beim Bau vereinseigener Sportanlagen, Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 4. Höhe der Beihilfe
Der Zuschuss für Neubauten bzw. für bauliche Veränderungen beträgt bis zu 25 % der als beihilfefähig anerkannten Kosten des Vogelsbergkreises, höchstens jedoch 7.670,— Euro.
Ein Projekt soll nur einmal bezuschusst werden, es sei denn, die Höchstsumme von 7.670,— Euro ist noch nicht voll gewährt. Darüber hinaus fördert die Stadt Homberg (Ohm) Maßnahmen zur Verbesserung von Außensportanlagen. Hierüber entscheidet der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm) im Einzelfall.
2. Teil 1, Zuschüsse zur Unterhaltung vereinseigener Sportanlagen, Abs. 3 wird wie folgt geändert:
 3. Höhe der Förderung
Zuschüsse werden im Einzelnen jährlich gewährt, wenn Unterhaltungskosten entstehen für Sportplätze (Rasen) je qm 00,02 Euro, max. 153,— Euro pro Verein
Schießsportanlagen je Bahn 10,25 Euro, max. 153,— Euro pro Verein
Tennisanlagen je Platz 25,55 Euro, max. 153,— Euro pro Verein
Vereinseigene Umkleideeinrichtungen mit sanitären Anlagen pauschal 51,— Euro pro Verein.
Bei sonstigen Sportanlagen kann eine Förderung erfolgen. Über die Höhe entscheidet der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm) im Einzelfall.

3. Teil 1, Gewährung von Jubiläumsgaben, Abs. 2 wird wie folgt geändert:
2. Höhe der Zuschüsse
Die Jubiläumsgabe beträgt
- | | |
|--------------------------|-------------------|
| - pro Jahr des Bestehens | 2,55 Euro, |
| - für jedes Mitglied | 0,25 Euro |
- (Grundlage ist der Meldebogen an den Fachverband)
4. Teil 2, Zuschüsse zur Anschaffung von Musikinstrumenten und Notenmaterial sowie zur Instandhaltung von Musikinstrumenten, Abs. 3 wird wie folgt geändert:
3. Höhe der Förderung:
Die Förderung beträgt jährlich für
- | | |
|-----------------------------|-------------------|
| -Musikinstrumente 25 % max. | 614,— Euro |
| - Notenmaterial 25 % | |
- | | |
|------|---|
| max. | 26,— Euro für Chöre bis 40 Mitglieder |
| max. | 31,— Euro für Chöre bis 50 Mitglieder |
| max. | 36,— Euro für Chöre bis 60 Mitglieder |
| max. | 41,— Euro für Chöre bis 70 Mitglieder |
| max. | 46,— Euro für Chöre über 70 Mitglieder |
- Grundlage für die Förderung bei der Anschaffung von Notenmaterial ist die jährliche statistische Meldung an den zuständigen Dachverband (z.B. Sängerbund).
5. Teil 2, Zuschüsse zur Anschaffung von Musikinstrumenten und Notenmaterial sowie zur Instandhaltung von Musikinstrumenten, Abs. 4 wird wie folgt geändert
4. Antragstellung
Die Antragstellung erfolgt formlos an den Magistrat der Stadt Homberg (Ohm). Bei Anschaffungen, deren Preis über **510,— Euro** liegt, ist die Antragstellung bis zum 01.12. notwendig.
Die Anschaffung darf erst erfolgen, wenn die Förderung bewilligt ist.
6. Teil 2, Zuschuss bei Beschäftigung eines Dirigenten, Abs. 3 wird wie folgt geändert:
3. Höhe der Förderung
Die Höhe der Förderung beträgt jährlich **155,— Euro.**
7. Teil 2, Förderung der Vereine bei öffentlichen Auftritten, Abs. 3 wird wie folgt geändert:
3. Höhe der Förderung:
Der Auslagenersatz beträgt pro Verein und Veranstaltung **20,— Euro.** Der Magistrat kann in begründeten Ausnahmefällen weitere Förderungen gewähren.
Der Magistrat der Stadt Homberg (Ohm) entscheidet im voraus, ob es sich um einen öffentlichen Auftritt handelt.
8. Teil 2, Gewährung von Jubiläumsgaben, Abs. 2 wird wie folgt geändert:
2. Höhe der Zuschüsse:
Die Jubiläumsgabe beträgt
- | | |
|--------------------------|------------------|
| - pro Jahr des Bestehens | 2,55 Euro |
| - für jedes Mitglied | 0,25 Euro |
- (Grundlage ist der Meldebogen an den Fachverband)
9. Teil 3, Förderung von Vereinsheimen und Vereinsanlagen, Abs. 4 wird wie folgt geändert:
4. Höhe der Beihilfe
Der Zuschuss für Neubauten bzw. bauliche Veränderungen beträgt bis zu 25 % der vom Vogelsbergkreis als beihilfefähig anerkannte Kosten, höchstens jedoch **12.782,— Euro.**
Bei Vereinen mit Schutzaufgaben werden die beihilfefähigen Kosten vom Magistrat festgesetzt. Die Zuschusshöhe kann auch im Einzelfall über die vorerwähnte Begrenzung auf 25 % hinausgehen.
Ein Projekt soll nur einmal bezuschusst werden, es sei denn, die Höchstsumme von **12.782,— Euro** ist noch nicht voll gewährt.
10. Teil 3, Gewährung von Jubiläumsabgaben, Abs.2 wird wie folgt geändert:
2. Höhe der Jubiläumsabgaben
Die Jubiläumsgabe beträgt:
- | | |
|-----------------------------|--------------------|
| - bei 25-jährigem Bestehen | 51,— Euro |
| - bei 50-jährigem Bestehen | 105,— Euro |
| - bei 75-jährigem Bestehen | 155,— Euro |
| - bei 100-jährigem Bestehen | 205,— Euro. |
- Für jede weiteren 25 Jahre erhöht sich der Betrag um **51,— Euro.**
Bei den Vereinen mit Schutzaufgaben (DRK, DLRG und Feuerwehren) können, wenn sie für den Verein günstiger sind, die auf Seite 10 oder Seite 16 angegebenen Jubiläumsgaben der Sport- oder kulturellen Verein gewährt

Sollte es sich bei einer Antragstellung um einen nach diesen Richtlinien nicht förderungsfähigen Verein handeln, so entscheidet der Magistrat nach pflichtmäßigem Ermessen über die Zuerkennung einer Ehrengabe.

11. Teil 4, Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit, Abs. 3, wird wie folgt geändert:

3. Höhe der Förderung:

Die Vereine erhalten für jeden zu betreuenden, förderungsberechtigten Jugendlichen einen Betrag von jährlich **5,— Euro.** Dieser Betrag wird für jeden Jugendlichen pro Verein nur einmal gewährt. Ist ein Jugendlicher in einen Verein in mehreren Abteilungen aktiv, so kann er nur einmal berücksichtigt werden.

Sachkosten, die den Vereinen aus der aktiven Jugendarbeit entstehen, werden zu 50 % bezuschusst. Der Sachkostenzuschuss kann jedoch maximal nur doppelt so hoch sein, wie der dem Verein gewährte Pro-Kopf-Betrag.

Der Jugendgruppe des DRK, den Jugendfeuerwehren und der Jugendgruppe der DLRG werden grundsätzlich kein Zuschüsse zu den Sachkosten gewährt, da diese vom Kostenträger selbst zu bezahlen sind. Im Zweifelsfall entscheidet über einen derartigen Antrag der Magistrat nach pflichtmäßigem Ermessen unter besonderer Berücksichtigung der Bewertung der Nachwuchsaufgaben der Vereine, die Schutzaufgaben für die Bevölkerung wahrnehmen.

12. Teil 4, Zuschüsse für Jugendliche zur Teilnahme an Meisterschaften ab Bezirksebene aufwärts, Abs. 4 wird wie folgt geändert:

4. Höhe des Zuschusses

Fahrtkosten je km **0,11 Euro**, maximal **25,— Euro** pro Mannschaft,

Tageskosten je Teilnehmer **1,30 Euro**, maximal 3 Tage
Übernachungskosten je Teilnehmer **2,55 Euro**, maximale Übernachtungen.

Artikel 19:

Änderung der Richtlinien der Stadt Homberg (Ohm) über die Förderung von Solarkollektoranlagen;

In der Fassung vom 17.07.1997

1. § 4 wird wie folgt geändert
Die Höhe einer einmaligen Förderung durch die Stadt Homberg (Ohm) beträgt 10% der tatsächlichen Kosten, höchstens jedoch **383,— Euro.**
Weitere Förderungsmöglichkeiten bestehen im Rahmen einer Kreis- und Landeszuwendung.

Artikel 20:

Änderung der Gefahrenabwehrverordnung über das unbefugte Plakatieren, Beschriften, Bemalen und Besprühen von öffentlichen Flächen an öffentlichen Straßen sowie in öffentlichen Anlagen (Homberger Plakatordnung)

In der Fassung vom 25.09.2000

1. § 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
(2) Die Ordnungswidrigkeit kann nach § 77 des Hessischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (BGBI. I 1987, S. 602), in der Fassung vom 26.01.1998 (I. Bl. I, S. 164) mit einer Geldbuße bis zu **5.113,— Euro** für Fall einer Zuwiderhandlung geahndet werden.

Artikel 21:

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am 01.01.2002 in Kraft. Gleichzeitig treten entsprechende Vorschriften der bezeichneten Satzungen in ihrer bisherigen Fassung außer Kraft.

Homberg (Ohm), den 05.09.2001

Der Magistrat der Stadt
Homberg (Ohm)
i.V.

Erster Stellvertreter